Militär ersetzt Regierungschef

Her. ABU DHABI, 3. März. Einen Tag vor einer Großkundgebung in Kairo, auf der Demonstranten den Rücktritt des ägyptischen Ministerpräsidenten Ahmad Shafiq fordern wollten, hat der Hohe Militärrat dessen Rücktritt akzeptiert. Das teilte der Hohe Militärrat im „Brief Nummer 26" auf seiner Facebook-Seite mit. Wenig später bestätigte ein Sprecher der Armee, dass Shafiq zurückgetreten sei und das Militär den Ingenieurprofessor Issam Sharaf, der keine Vergangenheit im Militär hat, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt habe. Die Demonstranten auf dem Tahrir-Platz nahmen sowohl Shafiqs Rücktritt wie die Berufung Sharafs mit Beifall auf. Nachdem der Generalstaatsanwalt zu Wochenbeginn das Vermögen des früheren Staatspräsidenten Mubarak eingefroren hatte, feierten sie einen weiteren Sieg.

Der öffentliche Unmut gegen Shafiq hatte in den vergangenen Tagen erheblich zugenommen. Sein Rücktritt war zur wichtigsten Forderung der Demokratiebewegung geworden. In den vergangenen zwei Wochen hat sich die Sicherheitslage in Kairo verschlechtert. Die Polizei ist nur noch minimal in den Straßen präsent. Banden, die zur früheren Staatspartei NDP gerechnet werden, durchziehen einige Stadtteile der Hauptstadt.

Den Ausschlag für den Rücktritt Shafiqs, den Mubarak am 29. Januar eingesetzt hatte, gab mutmaßlich ein Talkshow-Auftritt. In der Nacht zum Donnerstag hatten sich Shafiq und der Schriftsteller Alaa Aswani, der zu den bekanntesten Vertretern der Demokratiebewegung gehört, ein erbittertes Rededuell geliefert, bei dem Shafiq eindeutig den Kürzeren zog. Aswani warf in der Talkshow, welche die Mehrheit der Ägypter verfolgten, dem pensionierten Luftwaffenchef Shafiq vor, kein Technokrat zu sein, sondern ein Politiker, der das alte Regime vertrete und die Forderungen der Demonstranten nicht verstehe. In die Enge trieb er ihn mit der Kritik am Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten, von denen 365 getötet wurden. Der sichtlich überforderte Shafiq fiel in dem Duell aus der Rolle und disqualifizierte sich öffentlich für das Amt des Regierungschefs. Unglaubwürdig war seine Verteidigung des Innenministeriums und dessen Sicherheitsapparats.

Sharaf war während der Proteste wiederholt unter den Demonstranten auf dem Tahrir-Platz. Er war von 2004 bis 2006 als Technokrat zum Verkehrsminister berufen worden. Nach einem Zugunglück trat er zurück, weil ihm keine Mittel zur Verfügung gestellt würden, um das Verkehrswesen des Landes zu modernisieren. Er kehrte als Professor an die Universität Kairo zurück. Am Donnerstag arbeiteten zunächst alle Minister des Kabinetts Shafiq weiter in ihren Ministerien. Sie sagten indessen alle Termine für die kommenden Tage ab. Die Demonstranten erwarten nun, dass Sharaf in die Ressorts für Inneres, Äußeres und Justiz, die weiter mit Vertrauten Mubaraks besetzt waren, neue Gesichter beruft.

Am Mittwoch war bekanntgeworden, dass ein Militärgericht einen Aktivisten, der an einem Sitzstreik vor dem Amtssitz von Ministerpräsident Shafiq teilgenommen hatte, zu fünf Jahren Haft in einem Militärgefängnis verurteilt hat. Augenzeugen berichten, wie die Militärpolizei mit Schlagstöcken und Elektroschockern in der Nacht vom vergangenen Samstag auf Sonntag eine Gruppe von Aktivisten auseinandertrieb und den Platz vor dem Regierungssitz, der sich in der Nähe des Tahrir-Platzes befindet, räumte. Die Professorin Leila Soueif, die zur Gruppe der Aktivisten gehörte, beschrieb, wie die Militärpolizei den 33 Jahre alten Amr al Bahari zunächst blutig prügelte und ihn unter dem Vorwand festnahm, er trüge eine Waffe. Als sich dies nicht beweisen ließ, wurde der verletzte Bahari erst auf freien Fuß gesetzt, dann aber umgehend wieder verhaftet, weil er einen Offizier angegriffen habe. Die Armee entschuldigte sich zwar auf ihrer Facebook-Seite für das gewaltsame Vorgehen gegen Teilnehmer des Sitzstreiks und gestand Fehler ein. Bahari blieb aber an einem unbekannten Ort in Haft, ohne Zugang zu einem Anwalt. Als der Anwalt Adel Ramadan am Mittwoch in einem Militärgericht die zuletzt ergangenen Urteile las, stieß er auf Bahari und dessen Verurteilung. Sarah Leah Whitson, die für den Nahen Osten und Nordafrika zuständige Direktorin der Menschenrechtsvereinigung Human Rights Watch, warf dem Militär vor, die „schlimmsten Praktiken der Regierung von Husni Mubarak fortzusetzen", indem es Zivilisten durch Militärgerichte aburteilen lasse.

Unterdessen wurde bekannt, dass Mubarak, dem offiziell ein Reiseverbot auferlegt ist, alle fünf Tage von Scharm al Scheich in die nahegelegene saudische Stadt Tabuk geflogen wird, um im dortigen Militärkrankenhaus eine Chemotherapie zu erhalten. Der Vorsitzende des achtköpfigen Juristengremiums zur Erarbeitung von Verfassungsänderungen, Tariq Bishri, kritisierte die Pläne der Armee, zunächst im Juni einen neuen Präsidenten wählen zu lassen und sechs Wochen später ein neues Parlament. Bei dieser Reihenfolge bestehe die Gefahr, dass ein „neuer Mubarak" mit großen Vollmachten Präsident würde, sagte Bishri.

Quelle: FAZ vom 4.3.11